

# Newsletter

Nr. 19/2024

Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

auch in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen wurde wieder deutlich: Streit, Uneinigkeit und keinerlei Idee, wie unser Land aus der Krise kommen kann, ziehen sich wie ein roter Faden durch das Regierungshandeln der Ampel. Und das bei einer Liste an Themen, die dringend angegangen werden müssten.

Der gemeinsame Erfolg der Woche ist dann wohl die Cannabislegalisierung, der heute im Bundesrat zugestimmt wurde. In meinen Augen ein zweifelhafter Erfolg – vor allem mit Blick auf den Gesundheits- sowie Kinder- und Jugendschutz. Gesundheitsminister Lauterbach hat sich damit über alle Bedenken der Experten hinweggesetzt.

Gleiches droht auch bei der Krankenhausreform. Nach langem Hinhalten seitens des Gesundheitsministeriums und offenbar auch zur Überraschung der Koalitionsfraktionen wurde vergangene Woche ein Referentenentwurf zur Krankenhausreform bekannt. Dieser Referentenentwurf lag den Medien vor, bevor er allen Bundesländern zur Verfügung gestellt wurde – ein weiterer Affront von Bundesgesundheitsminister Lauterbach gegenüber den Ländern, die verfassungsrechtlich begründet die Hoheit bei der Krankenhausplanung innehaben.

Ein Entwurf, der in unseren Augen hinter den vollmundigen Versprechungen des Bundesgesundheitsministers zu einer „Revolution“ für die deutschen Krankenhäuser zurückbleibt, weshalb wir uns im anstehenden parlamentarischen Verfahren im Sinne einer konstruktiven Opposition für die jetzt dringend notwendigen Verbesserungen an diesem Gesetzentwurf einsetzen werden.

Viel Freude beim Lesen!

The  
Nina Warken

## Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen

Seit dem Spätsommer 2022 haben eine halbe Million Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Und auch 2024 ebbt der Zustrom nicht ab. Städte und Gemeinden wissen längst nicht mehr, wo sie die Flüchtlinge unterbringen und wie sie sie versorgen sollen. Die Ampel-Koalition jedoch tut so gut wie nichts, um das Problem in den Griff zu bekommen – obwohl sie es versprochen hat. Die CDU/CSU-Fraktion drängt die Bundesregierung daher, Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich zu lassen.



Bildquelle: CDU Deutschland

Bei einem Bund-Länder-Gipfel am 6. November 2023 versprach der Kanzler, für Abhilfe zu sorgen. Von seinen Versprechungen wurde jedoch kaum etwas umgesetzt. Auch das Folgetreffen am 6. März dieses Jahres brachte kaum mehr als Absichtserklärungen. Statt sich um den Stopp der illegalen Migration zu kümmern, hintertreibt die Koalition die Beschlüsse mit den Ländern aktiv. So soll beispielsweise nach dem Willen der SPD der Familiennachzug für Schutzberechtigte erweitert werden. Auch die verabredete Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber liegt auf Eis.

Wir fordern die Regierung in einem Antrag auf, endlich alles zu unternehmen, um den irregulären Zugang zu begrenzen. So soll die Ampel-Koalition mehr Migrationsabkommen mit Herkunftsländern abschließen, damit diese ihre abgelehnten Staatsbürger zurücknehmen, und die Liste sicherer Herkunftsstaaten ergänzen. Aus Sicht der Union muss jeglicher Anreiz für illegale Migration unterbunden werden. Alle Regeln, die Abschiebungen erschweren, soll die Regierung aufheben. Innerhalb der Europäischen Union soll sich die Koalition dafür einsetzen, den Schutz der Außengrenzen zu verstärken, Migration von Asylbewerbern zwischen den EU-Staaten zu unterbinden und Asylverfahren in Drittstaaten zu organisieren.

BERICHT  
AUS **BERLIN**

**EINLADUNG**  
via Webex



Di. 09.04.2024



18:00 Uhr

**JETZT  
VORMERKEN!**

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

**Bitte wählen Sie sich unter folgendem Link zur Veranstaltung ein:**

**Meeting-Link:** <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=md935cec05c58d18d05183a862e298729>

**Meeting-Passwort:** BerichtAusBerlin

**Außerdem ist auch eine Teilnahme per Telefon möglich:**

**Einwahlnummer:** +44-20-7660-8149

**Zugriffcode:** 2367 945 2833

## Gespräch mit Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Main-Tauber-Kreis



Bildquelle: Büro Warken

auch bezahlbares Wohnen, die Finanzierung sozialer Dienste sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt auf der Agenda des Gesprächs.

In der DRK-Kreisgeschäftsstelle Tauberbischofsheim diskutierten wir gemeinsam die aktuellen Herausforderungen der Branche. Besonders drängendes Thema war dabei die Personalgewinnung. Aktuell ist die Stellenbesetzung in den Bereichen Altenpflege, Gesundheitswesen, Kita, Eingliederungshilfe und Jugendhilfe schwierig. Deshalb suchten wir gemeinsam nach Lösungen, wie dem Personalmangel begegnet werden kann.

Dies könnte durch attraktivere Arbeitsbedingungen und eine Ausbildungsinitiative geschehen. Zudem sei die Anwerbung ausländischer Fachkräfte vielversprechend, wenn auch viele bürokratische Hürden bestünden, schildern die Liga-Vertreter. Aber auch das inländische Potenzial sollte nicht vernachlässigt werden: Ziel muss es sein, Menschen in Deutschland zu fördern, weiterzuentwickeln und in Arbeit zu bringen. Daneben standen

## Einblicke in die Welt des Handwerks



Bildquelle: Helmut Müller, HWK Heilbronn-Franken

Beim Betriebsbesuchstag der Handwerkskammer Heilbronn-Franken habe ich einen spannenden Einblick in die Welt des Handwerks bekommen. Von der Schornsteinfegerin über den Installateur und Heizungsbauer bis zum Land- und Baumaschinenmechaniker – das Handwerk ist aus unserem täglichen Leben nicht wegzudenken.

Doch hinter jedem Produkt und jeder Dienstleistung stehen nicht nur Maschinen und Werkzeuge, sondern vor allem Menschen. Ihre Expertise, ihre Kreativität und ihr Einsatz sind es, die unser Handwerk ausmachen und dafür sorgen, dass Tradition und Innovation Hand in Hand gehen.

Dafür braucht es günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere in Bezug auf die Entlastung von Steuern und Abgaben, Bürokratieabbau, wettbewerbsfähige Energiepreise und flexiblere Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Das haben die Schornsteinfegerin Corina Stegmüller und Hans-Martin und Michael Kappes von der Kappes GmbH bei den Betriebsbesuchen in Creglingen deutlich gemacht.

## Auf dem Frühjahrsmarkt in Freudenberg



Bildquelle: Eva Berberich, Stadt Freudenberg

Unter dem Motto „Raus aus dem Winterschlaf“ läutete Bürgermeister Roger Henning auch in diesem Jahr wieder den Freudenberger Frühjahrsmarkt ein. Ich habe mich gefreut, zur offiziellen Markteröffnung ein Grußwort zu halten und im Anschluss die abwechslungsreichen Stände zu besuchen.

Entlang der Mainpromenade herrschte wieder buntes Markttreiben mit Ständen für Nützliches und Schönes, mit Leckereien aller Art und einem bunten Rahmenprogramm für die ganze Familie. Eine großartige Leistung aller Beteiligten, Marktstandbetreiber und Vereine, die den Sonntag in Freudenberg wieder zu einem gelungenen Frühlingsauftakt gemacht haben!

## Im Dialog mit Unternehmern aus dem Wahlkreis



Bildquelle: Büro Warken

Nicht nur im Bundestag diskutieren wir intensiv über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens in Buchen habe ich aus erster Hand von Unternehmern aus dem Wahlkreis erfahren, wie es um den Standort bestellt ist. Eingeladen hatte der Wirtschaftsrat Baden-Württemberg mit dem Sektionssprecher Stefan Fischer (Systemair, Boxberg).

Bei meiner politischen Arbeit ist mir immer auch der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtig. Umso mehr hat es mich gefreut zu hören, was die Unternehmer nicht nur im Beruf, sondern auch im Alltag, bewegt. Themen waren deshalb unter anderem auch die Kriege in Israel und der Ukraine und die anstehenden Wahlen. Neben der Kommunal- und Europawahl im Juni und den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern blickten wir auch über den Atlantik auf die US-Wahlen im November.



## Grundsatzprogrammkonferenz in Stuttgart



Bildquelle: Tobias Koch

Die CDU ist auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm – und hat bei ihrer Deutschlandtour auch in Baden-Württemberg, genauer in Stuttgart, Halt gemacht. Mit dem vierten Grundsatzprogramm nach 1978, 1994 und 2007 wollen wir definieren, was „grundsätzlich CDU“ ist.

In Reden von Friedrich Merz, Carsten Linnemann und Manuel Hagel wurde deutlich, was das bedeutet: Freiheit, Sicherheit, Zusammenhalt und Aufbruch. Zum einen geht es dabei um unsere grundsätzlichen Werte und Überzeugungen, zum anderen um die wesentlichen Punkte, die uns von anderen Parteien unterscheiden. Mit zahlreichen Impulsen aus dem aus über 1.000 Mitgliedern bestehenden Publikum wurde genau darüber intensiv diskutiert.

## Podiumsdiskussion zum internationalen Katastrophenschutz



Bildquelle: Büro Warken

Am Donnerstag lud Minister Thomas Strobl zur Veranstaltung „Über die Grenzen hinaus: Neue Ansätze für den internationalen Katastrophenschutz in Baden-Württemberg“ in die Landesvertretung Baden-Württemberg ein. In einer Keynote stellte ich die große Herausforderung im Bevölkerungsschutz angesichts zunehmender Krisen- und Katastrophenlagen dar. Dabei machen Krisen nicht an den Ländergrenzen Halt. Europaweite Kooperationen spielen deshalb eine Schlüsselrolle, um im Katastrophenfall zusätzlichen Schutz für die Bevölkerung sicherzustellen.

Baden-Württemberg will deshalb den heimischen Katastrophenschutz um diesen europäischen Aspekt erweitern. Gemeinsam mit europäischen Partnern wird das Land deshalb im Jahr 2024 eine EU-Großübung im Bereich des Katastrophenschutzes durchführen, um Problemstellungen zu identifizieren und Maßnahmen zu erarbeiten.

Diese Herausforderungen durfte ich im Rahmen der Moderation einer Podiumsdiskussion mit zahlreichen Experten noch weiter vertiefen. Dabei wurde auch erörtert, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg bestmöglich aufzustellen.

## Besuch vom Transporthubschrauberregiment Niederstetten



Bildquelle: Büro Warken

Vergangene Sitzungswoche hat mich die siebte Staffel des Transporthubschrauberregimentes 30 „Tauberfranken“ aus Niederstetten im Bundestag besucht. Ein besonderer Termin für mich, denn dem Transporthubschrauberregiment bin ich seit meiner Zeit als Tauberfränkische Kommandeurin noch immer sehr verbunden.

Nach einer kurzen Einführung über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete drehte sich die Diskussion um viele spannende Themen – von dem Abhörskandal in der Bundeswehr über die US-Wahlen bis hin zu einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr für junge Menschen.

Dabei wurde deutlich: Ein Gesellschaftsjahr würde nicht nur unseren Streitkräften zugutekommen. Es bietet darüber hinaus für alle Schulabgänger eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken – sei es im sozialen, sportlichen, kulturellen, militärischen oder ökologischen Bereich. Deshalb sprechen wir als CDU uns für den verpflichtenden Dienst an der Gemeinschaft aus.

## Folgen Sie mir auch auf...



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



[linkedin.com/in/nina-warken](https://www.linkedin.com/in/nina-warken)



[twitter.com/ninawarken](https://www.twitter.com/ninawarken)

## Offensive für frühkindliche Bildung



Bildquelle: Marcel Ditrich

Wie wichtig frühkindliche Bildung ist, um für alle Kinder gleichwertige Bildungschancen zu schaffen, ist unstrittig. Aktuell sind 25 Prozent der Schüler in der Grundschule nicht in der Lage, die Mindeststandards zu erwerben. Doch schon viel früher, bereits im Alter von zwei Jahren, ist in Studien nachweisbar, dass Kinder aus Familien mit schwachem sozio-ökonomischen Status deutlich geringere Kompetenzen aufweisen als Kinder aus anderen Familien.

Auch ein Jahr nach dem von der Bildungsministerin einberufenen Gipfel lassen wirkliche Ergebnisse auf sich warten. Vielmehr führen Haushaltskürzungen, auslaufende Bildungsprogramme und fehlende Bekenntnisse zu versprochenen Bildungsmaßnahmen zu einer dramatischen Planungsunsicherheit für Länder, Kommunen, Kitas und Schulen.

Wir fordern deshalb diese Woche mit unserem Antrag eine Offensive für frühkindliche Bildung:

- wieder mehr Verlässlichkeit und Verbindlichkeit des bildungspolitischen Engagements des Bundes
- die Zusammenarbeit der Systeme Kita und Grundschule stärken
- die frühkindliche Bildung durch eine flächendeckende Diagnostik des Entwicklungsstands von Drei- bis Vierjährigen stärken
- ein verpflichtendes, einjähriges vorschulisches Programm für Kinder mit Förderbedarf
- Rahmenbedingungen an Schulen für externe Bildungskooperationen mit Unternehmen und Stiftungen verbessern und entbürokratisieren

Und das alles in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen.

## Die Neue Grundsicherung



**Arbeit muss sich wieder lohnen!**

**Die Neue Grundsicherung stellt das Prinzip Fördern und Fordern in den Mittelpunkt.**

Das Bürgergeld setzt Anreize gegen Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit und ist Ausdruck eines politischen Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses Konzept lehnen wir klar ab. Deshalb werden wir das „Bürgergeld“ durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzen.

Es braucht einen starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt. Jeder in unserem Land kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er Hilfe benötigt. Allerdings ist nicht hinnehmbar, dass trotz des Arbeitskräftemangels die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt. Wir wollen eine Rückkehr zu einem System des Förderns und Forderns, um den Menschen zu helfen, ihre Arbeitskraft in die Gesellschaft einzubringen, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen und ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft zu bestreiten.

Bildquelle: CDU Deutschland

Dazu muss auf der einen Seite die Vermittlung in Arbeit gestärkt werden, dazu gehören aber auf der anderen Seite auch Sanktionen für all diejenigen, die sich nicht an diesem Prozess beteiligen wollen. Jeder hat die Verpflichtung, alles zu tun, um möglichst schnell wieder ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft auszukommen. Mit dem Aussetzen von Sanktionen hat die Ampel den Mitarbeitern der Jobcenter die Mittel genommen, diesen berechtigten Anspruch der Steuerzahler auch einzufordern. Deshalb wollen wir Sanktionen schneller, einfacher und unbürokratischer durchsetzen.

## Einladung zum Girls' Day nach Berlin



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einmal im Bundestag hinter die Kulissen schauen? Den Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und weitere erfolgreiche Politikerinnen und Unternehmerinnen aus der High Tech Branche treffen? Das klingt für Dich spannend? Dann komm vom 24. – 26. April 2024 zum Girls Day nach Berlin.

Junge Frauen im Alter von 16 bis 21 Jahren aus allen Schultypen sowie in der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf können sich per E-Mail unter Angabe ihres Geburtsdatums mit einem kurzen Motivationsschreiben (1-2 Seiten) direkt bei [girlsday@kas.de](mailto:girlsday@kas.de) bewerben. Einsendeschluss ist der 31. März 2024.

## Folgen Sie mir auch auf...



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



[linkedin.com/in/nina-warken](https://www.linkedin.com/in/nina-warken)



[twitter.com/ninawarken](https://twitter.com/ninawarken)



## Der Führerschein darf nicht zum Luxus werden



Bildquelle: CDU Deutschland

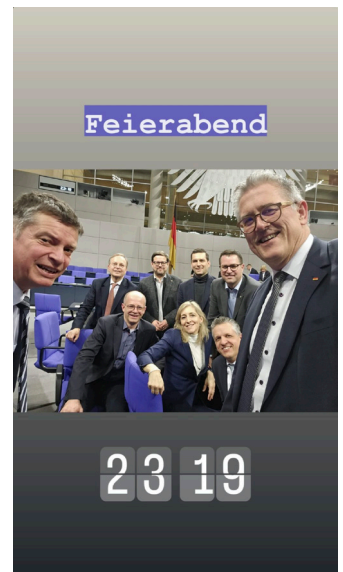
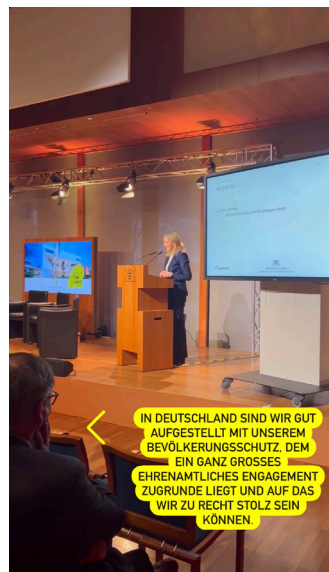
chen Grundlage für den digitalen Theorieunterricht oder auch die Erleichterung der Weiterbildung der Fahrlehrer zu Prüfern umfassen.

Seit 2017 sind die durchschnittlichen Kosten für den Erwerb eines Führerscheins in Deutschland enorm gestiegen. Inzwischen kostet ein Pkw-Führerschein (Klasse B) bis zu 4.500 Euro. Diese exorbitanten Kosten sind vor allem für junge Menschen ein Problem. Insbesondere im ländlichen Raum, wo Führerschein und Auto als Fortbewegungsmittel unersetzlich sind, ist die individuelle Mobilität akut gefährdet.

Die Verkehrssicherheit muss bei der Fahrausbildung immer im Vordergrund stehen. Deshalb müssen die Fahrschulen dabei unterstützt werden, auf die gestiegenen Anforderungen im Straßenverkehr und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Fahrschülerinnen und Fahrschüler zu antworten.

Darüber hinaus müssen die Kosten eingedämmt, Abläufe reibungsloser gestaltet sowie mehr Prüftermine geschaffen werden. Dazu haben wir in unserem Antrag vergangene Woche einige Forderungen formuliert, die beispielsweise die Einführung einer rechtlichen Grundlage für den digitalen Theorieunterricht oder auch die Erleichterung der Weiterbildung der Fahrlehrer zu Prüfern umfassen.

## #SocialMedia



FROHE

# OSTERN

Da mein nächster Newsletter erst im April erscheinen wird, sende ich Euch schon heute liebe Wünsche für ein glückliches Osterfest voller Freude und Frieden.

Bildquelle: CDU Deutschland





# Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

**Austausch mit Landrat  
Dr. Achim Brötzel**



Bildquelle: Büro Warken

**SWR-Interview zur Debatte  
über ein AfD-Parteiverbot**



Bildquelle: Hannes Griepentrog

**Zu Gast bei der  
CDU-Landtagsfraktion**



Bildquelle: Büro Warken

**Sitzung des Bundesvorstands  
der Frauen Union**



Bildquelle: Marcel Ditrich

**Besuch der Börse Stuttgart**



Bildquelle: Büro Warken

**Fraktionssitzung mit  
CSU-Generalsekretär Martin Huber**



Bildquelle: Büro Warken

**Digitale Ortsvorsitzenden-  
Konferenz**



Bildquelle: Büro Warken

**Gespräch mit Realschülern  
aus Niederstetten**



Bildquelle: Büro Warken

**Mit Fabian Gramling  
und Marc Biadacz**

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de), Internet: [nina-warken.de](http://nina-warken.de)

## IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).  
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.  
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.  
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)